



## **Frieden für Afrin und Nordsyrien. Gegen den völkerrechtswidrigen türkischen Angriff**

Artilleriebeschuss, massive Luftangriffe und der Einmarsch türkischer Truppen – Ankara hat einen großangelegten Militäreinsatz gegen die von Kurd\_innen, Armenier\_innen, Araber\_innen, Turkmen\_innen bewohnte und von diesen selbst verwaltete Region Afrin im Norden Syriens begonnen. Ziel der Operation "Olivenzweig" war nach den Worten von Ministerpräsident Binali Yıldırım die Einrichtung einer 30 Kilometer breiten ‚Sicherheitszone‘. Trotz internationaler Kritik will die Türkei die Offensive fortsetzen "bis kein Terrorist übrig ist", sagte Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan am 27.1. Vor einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats verwies Erdoğan auf die Unterstützung Russlands für den Militäreinsatz.

Dieser Angriff des türkischen Militärs ist ein eindeutiger Angriffskrieg, der gegen das internationale Völkerrecht verstößt. Dabei wird auch – wiederum völkerrechtswidrig – die Zivilbevölkerung durch Bomben und Panzer angegriffen, verletzt und getötet. **Auch** wenn eine dauerhafte militärische Präsenz der USA im selbstverwalteten Kurdengebiet ohne Genehmigung der syrischen Regierung ebenfalls gegen das Völkerrecht verstößt, ist dies jedoch **keine** Rechtfertigung für einen Angriffskrieg und schon gar nicht für Luftangriffe und Artilleriebeschuss gegen die Zivilbevölkerung.

Und wieder dabei: deutsches Kriegsgerät, deutsche Panzer. Die Lieferungen an die Türkei sind nicht neu – seit vielen Jahren liefert die Bundesregierung – seit 2016 auch auf dem Hintergrund des Deals mit der türkischen Regierung, geflüchtete Menschen in der Türkei abzufangen.

Die Angriffe auf das weitgehend kurdisch besiedelte Gebiet in Afrin und die ca. 400.000 Flüchtlinge, die dort leben zeigen den nationalistisch-diktatorischen Charakter der türkischen Regierung. Dies gilt ebenso für die Angriffe auf Städte im Osten der Türkei (z. B. Diyarbakir). Die Regierung sieht die kurdische Bevölkerung, die kurdischen Organisationen im Innern und Äußern als Hauptfeinde; sie bezeichnet sie als ‚terroristisch‘ und will sie vernichten. Wer sich in der Türkei für Frieden ausspricht, kommt ebenfalls in Terrorverdacht und wird ggf. inhaftiert. Die kurdischen Organisationen werden kriminalisiert – obwohl es in der PKK eindeutig Kursveränderungen gegeben hat, die in Richtung Verhandlungen zielen. Die aber kann die türkische Regierung nicht gebrauchen.

- Wir fordern die deutsche Regierung auf, sich eindeutig gegen den türkischen Angriff auf Afrin auszusprechen!
- Wir fordern ebenso, dass die Souveränität *Syriens und der „Demokratischen Föderation Nordsyrien - Rojava“* als eines integralen Bestandteils Syriens respektiert wird.
- Wir fordern, dass Waffenlieferungen an die Türkei sofort und endgültig gestoppt werden

Und eine Bitte an alle Aktiven und Initiativen in der Friedensbewegung: Unterstützt und mobilisiert für die Proteste gegen Erdoğan's Krieg und wendet euch gegen die Kriminalisierung kurdischer Organisationen, die nach den bisherigen Schrecken des Krieges in Syrien einen säkularen, demokratischen Wiederaufbau in der Region voranbringen wollen.

**Friedensbüro Hannover e.V.** Haus der Jugend, Maschstr. 24, 30169 Hannover  
Erreichbar über: [friedensbuero@frieden-hannover.de](mailto:friedensbuero@frieden-hannover.de) Tel: 44 64 82



**[www.frieden-hannover.de](http://www.frieden-hannover.de)**

V

.

i

.

S

.